

II-231 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

22.1.1964

66/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Oskar W e i h s , H a b e r l ,
S c h e i b e n g r a f , M o s e r und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend Prüfung einer Zertifikatausgabe.

-.-.-.-.-

In der steirischen Tageszeitung "Neue Zeit" vom 18.1.1964 wurde durch einen Artikel: "Mautner-Markhof und das zu leicht verdiente Geld" die Öffentlichkeit von folgenden Vorgängen in Kenntnis gesetzt:

Ein "Ascot Investment Trust" in Liechtenstein hat in Österreich Zertifikate ausgegeben, deren Serie B auf einen Nennwert von 5000 Dollar (130.000 S) lautet. Gegen diesen Trust hat ein Grazer Anwalt an dessen Sitz in Liechtenstein den Antrag auf Auflösung gestellt, weil der "Ascot Investment Trust" entgegen seinen Versprechungen die seit 6 Jahren verkauften Zertifikate (sie sollen die Höhe von 6 Millionen Dollar erreichen) nicht mehr einlöste.

Diese Zertifikate tragen die Unterschrift österreichischer Industrieller, und zwar als Präsident: Dr. jur et Dipl.-Ing. Georg Mautner-Markhof, und als Vizepräsident: Diplomkaufmann Helmut Hofacker, Gesellschafter der Firma Getzner, Mutter & Cie., Bludenz.

In dem erwähnten Artikel heisst es weiter: "Als die Käufer merkten, dass ihre Zertifikate vom Trust nicht eingelöst wurden, versuchten sie Erkundigungen über die Vermögenswerte einzuziehen. Wieder sprach man von Grundbesitz und anderen hohen Werten in Kanada, aber niemand war imstande, genaue Bezeichnung, Lage und Ertrag zu erfahren. Das Nichteinlösen wurde vom Trust mit Verlusten in der Höhe von rund 400.000 Dollar (10,4 Millionen S) begründet, die durch die letzte Wirtschaftskrise in Kanada verursacht worden wären. Trotz dieser Zahlungsunfähigkeit aber wurden weiterhin Zertifikate verkauft, ein Vorgang also, der weder von geschäftlicher noch juristischer Seite als einwandfrei bezeichnet werden kann."

Soweit der Zeitungsartikel.

Den gefertigten Abgeordneten ist der berechtigte Unmut der Bevölkerung darüber bekannt, dass eine Realitätengesellschaft, deren Geschäftsführer erst jetzt vor Gericht stehen, viele hunderte Mitbürger schwer geschädigt hat. Es wird immer wieder den zuständigen Behörden die Schuld gegeben, dass sie nicht rechtzeitig diesem Treiben ein Ende gesetzt hatten.

